

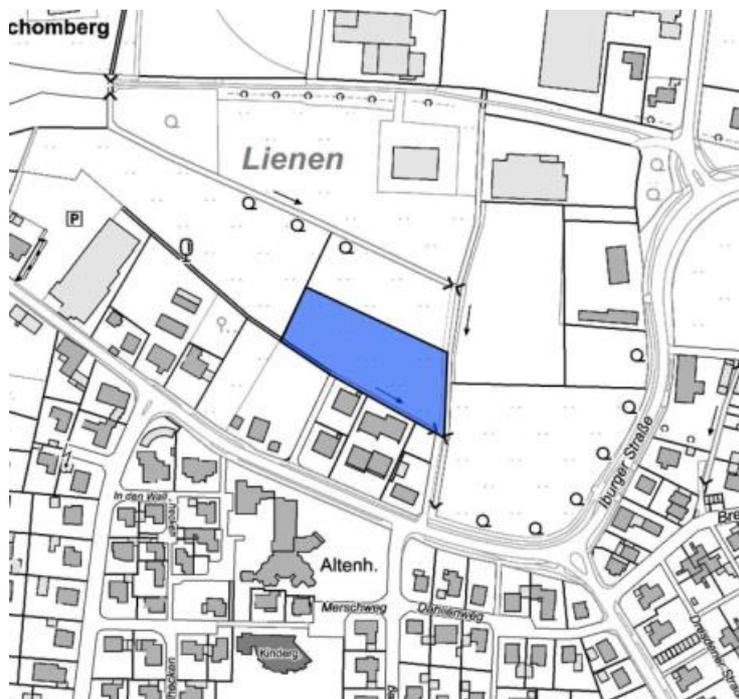
Gemeinde Lienen
Der Bürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde Lienen

über die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB zur 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 „Müggenkamp“

Der Rat der Gemeinde Lienen hat gemäß dem Baugesetzbuch (BauGB) in seiner Sitzung am 26.09.2022 die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 „Müggenkamp“ gem. § 13 b BauGB für den im nachstehenden Übersichtsplan dargestellten Bereich beschlossen. Mit dieser Änderung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von vier Mehrfamilienhäusern geschaffen werden.

Bereich der Bebauungsplanänderung:



Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB wird hiermit bekannt gemacht, dass der Entwurf der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 „Müggenkamp“ in der Zeit vom

13. Dezember 2022 bis zum 15. Januar 2023 einschließlich

in der Gemeinde Lienen, Hauptstraße 14, Zimmer Nr. 014 während der Dienststunden

Montag	von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 13.30 bis 15.30 Uhr
Dienstag	von 8.00 bis 12,00 Uhr und von 13.30 bis 15.30 Uhr
Mittwoch	von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 13.30 bis 15.30 Uhr
Donnerstag	von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 13.30 bis 17.30 Uhr
Freitag	von 8.00 bis 12.00 Uhr

ausliegt und eingesehen werden kann. Eine Einsichtnahme kann weder in den Öffnungszeiten der Verwaltung (Dienstags von 08.00 bis 12.00 Uhr oder Donnerstags von 08.00 bis 12.00 Uhr und von 13.30 bis 17.30 Uhr) oder nach Terminvereinbarung mit dem Fachbereich 60 (Herrn Micke, Tel. 05483/7396-21, m.micke@lienen.de) erfolgen. Zusätzlich wird der Änderungsplan sowie die Begründung auf der Homepage der Gemeinde Lienen veröffentlicht. In begründeten Fällen kann auch eine postalische Versendung der Unterlagen erfolgen.

Während der Auslegungsfrist können zum Änderungsplan und zur Begründung Bedenken und Anregungen schriftlich oder per E-Mail (m.micke@lienen.de) vorgetragen werden. Auch eine Erklärung zur Niederschrift ist möglich. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben können. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass eine Vereinigung im Sinne des § 4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Absatz 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes gemäß § 7 Absatz 3 Satz 1 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes mit allen Einwendungen ausgeschlossen ist, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

Die Änderung des Bebauungsplanes wird im beschleunigten Verfahren nach den Regelungen des § 13 b BauGB i.V. m. § 13 a BauGB durchgeführt, da es sich um einen Änderungsbereich mit einer Grundfläche von weniger als 20.000 qm in der Innenentwicklung handelt und durch den Bebauungsplan keine Zulässigkeit von Vorhaben begründet wird, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG oder nach Landesrecht unterliegen. Anhaltspunkte für eine maßgebliche Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter bestehen nicht. Weiter bestehen keine Anhaltspunkte dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Bundesimmissionsschutzgesetz zu beachten sind.

Offengelegt werden im beschleunigten Verfahren gem. § 13 b BauGB i.V.m. § 13 a BauGB

1. der Änderungsplanentwurf,
2. die Begründung
3. und die textlichen Festsetzungen

Lienen, 02.12.2022

Gemeinde Lienen
Der Bürgermeister

gez.

Strietelmeier